

**Attac Hamburg  
AG Ökologie und Globalisierung  
Nernstweg 32**

**22765 Hamburg**

Attac Hamburg · AG Ökologie und Globalisierung  
Nernstweg 32 · 22765 Hamburg

10. Oktober 2012

Landesamt für Landwirtschaft,  
Umwelt und ländliche Räume  
Hamburger Chaussee 25  
24220 Flintbek

**Genehmigungsverfahren zum Bau eines GuD-Kraftwerks in Wedel  
Einwendung**

Die AG Ökologie und Globalisierung von Attac Hamburg erhebt hiermit Einwendung gegen den Bau des oben genannten Kraftwerks.

**Begründung**

Dem Planungsverfahren fehlt die demokratische Legitimation. Weder ist der Hamburger Bevölkerung ein Wärmekonzept bekannt gemacht worden noch wurde eines öffentlich diskutiert.

Bei einem Projekt dieser Art aber wäre eine Beteiligung der Bevölkerung unabdingbar, nähme man den Begriff Demokratie ernst.

Der Konzern Vattenfall ist für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Energiewende der denkbar schlechteste Partner. Das belegen schon die zahlreichen Pannen in den von Vattenfall betriebenen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel, die bereits letztes Jahr ihre Zulassungen verloren haben.

Die Energieversorgung als wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge gehört deshalb nicht in die Hand dieses Konzerns. Es wäre fahrlässig, einen Konzern, der wegen der Erteilung notwendiger Umweltauflagen und wegen des geplanten Atomausstiegs Klagen auf Schadensersatz in Milliardenhöhe eingereicht hat, an der künftigen Energieversorgung zu beteiligen. Hinzu kommt, dass Vattenfall sich mit Tricks seiner Verantwortung entzieht: Bekanntermaßen hat sich der Mutterkonzern Vattenfall von seiner deutschen Tochter getrennt.

Man hat eine Vattenfall GmbH in Deutschland gegründet, die keinerlei Verbindung zur schwedischen Vattenfall hat und hat ihr die Schrott-Atomkraftwerke übertragen. Die neue deutsche Gesellschaft hat lediglich ein Kapital von 500 Millionen Euro. Das entspricht ungefähr der Summe, die Vattenfall in zwei Monaten verdient. Der schwedische Mutterkonzern entzieht sich auf diese Weise seiner Haftung für die maroden Atomkraftwerke in Krümmel und Brunsbüttel, sowie Brokdorf. Künftig muss nicht mehr Schweden für die milliardenschweren Risiken einstehen, die der staatseigene Energiekonzern Vattenfall AB mit seinen Meilern eingegangen ist. Die Haftungsrisiken trägt jetzt der deutsche Steuerzahler. Eine Partnerschaft in gegenseitiger Verantwortung sieht anders aus.

Ein wesentlicher Bestandteil jeder klimafreundlichen Energiewende ist Dezentralisierung. Der von Vattenfall vorgelegte Antrag widerspricht dem Gedanken einer progressiven, zukunftsorientierten und menschenfreundlichen Energie- und Wärmeversorgung. Die dringend notwendige Modernisierung der Wärmeversorgung Hamburgs, sowohl auf Erzeuger- als auch Verbraucherseite, wird um Jahrzehnte verschoben.

Weiterer wesentlicher Bestandteil einer klimafreundlichen Energiewende und auch der Klimagerechtigkeit weltweit, ist die Senkung des Energieverbrauchs. Angesichts dieser Notwendigkeit geht die Kapazitätsplanung von Vattenfall am zukünftigen Bedarf vorbei. Ein GuD-Kraftwerk in dieser Größenordnung wird die Einspeisung erneuerbarer Energien verhindern und damit den notwendigen klimapolitischen Zielen nicht gerecht.

Mit dem Bau des Kraftwerks wird das Monopol Vattenfalls auf dem Fernwärmesektor gestärkt, was erhöhte Preise zur Folge haben und gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten treffen wird. Notwendig ist aber eine für alle erschwingliche Fernwärmeversorgung.

Die Wahl des Standorts in unmittelbarer Nähe eines Wohngebiets ist unverantwortlich. Bau und Betrieb des Kraftwerks sind mit großen Belastungen für die Bevölkerung verbunden. Vor allem aufgrund des zu erwartenden Lärms ist mit erheblichen Gesundheitsschäden zu rechnen.

Das geplante Kraftwerk wird mit dem Fernwärmebedarf von Hamburg begründet. Die Fernwärme muss jedoch über viele Kilometer nach Hamburg transportiert werden. Der dadurch entstehende Wärmeverlust ist ökologisch nicht vertretbar.

Das neue Kraftwerk soll größere Mengen an Strom als das bisherige Kraftwerk erzeugen. Durch den damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird der Klimawandel angeheizt, was unverantwortlich ist.

Nicht zu akzeptieren ist, dass Vattenfall seinen Antrag auf den Bau der Fernwärmeleitung vom Kohlekraftwerk Moorburg nicht zurückgezogen hat. Diese soll dasselbe Gebiet mit Fernwärme versorgen wie das geplante GuD in Wedel. Die Stadt Hamburg hat zudem diesen Antrag bisher nicht abgelehnt und verzögert gerade die Entscheidung. Die Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens zur sog. Moorburgtrasse muss jedoch Voraussetzung für jedes neue Genehmigungsverfahren im Rahmen der Fernwärmeversorgung Hamburgs sein.

Energiewende fängt bei der Bedarfsplanung an. Aus all diesen Gründen ist der Bau des Kraftwerks mit den Erfordernissen einer demokratisch legitimierten sowie sozial und ökologisch verantwortlichen Energieversorgung als wesentlichem Bestandteil der Daseinsvorsorge unvereinbar und nicht hinnehmbar.